

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

Claudia Bauer
Bundesministerin für Europa,
Integration und Familie

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.075.294

Wien, am 26. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Nemeth, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Jänner 2026 unter der Nr. **4718/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Anhebung des Schutzalters hinsichtlich Geschlechtsumwandlungen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 5:

1. *Plant die Bundesregierung eine Anhebung des Schutzalters bezüglich hormonellen und operativen Behandlungen in Bezug auf „Geschlechtsumwandlungen“?*
 - a. *Wenn ja, wann ist dies geplant und welches Alter wird vorgesehen?*
 - i. *Wurden hierzu schon legislative Vorbereitungen getroffen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht, wie wird dies argumentiert?*
2. *Wurde die potenzielle Anhebung des Schutzalters im Ministerrat in irgendeiner Form besprochen?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht und ist dies noch geplant?*
3. *Wurde die potenzielle Anhebung des Schutzalters in der Koordinierung in irgendeiner Form besprochen?*

- a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht und ist dies noch geplant?*
5. *Gibt es bezüglich hormonellen und operative Behandlungen in Bezug auf „Geschlechtsumwandlungen“ Statistiken, welche aufzeigen, wie viele Personen solche Eingriffe planen/durchgeführt haben und ob diese Eingriffe zu einer Verbesserung der Psyche der Patienten geführt haben?*
 - a. *Wenn ja, bitte um Bereitstellung der statistischen Daten.*
 - b. *Wenn nein, ist die Erhebung solcher Daten und Aufbereitung in einer Statistik geplant?*

Diese Fragen sind nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 10/2025, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 62/2025, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches und können somit nicht beantwortet werden.

Zu Frage 4:

4. *Plant die Bundesregierung noch andere Maßnahmen (z.B. Beratung, Aufklärung, Veröffentlichung von Statistiken etc.), welche Jugendliche vor solch einschneidenden Maßnahmen schützen sollen?*

Das Regierungsprogramm sieht keine diesbezüglichen Maßnahmen vor.

Claudia Bauer

